

22
78**Union in
Deutschland**

Bonn, den 1. Juni 1978

Steuerlast abbauen

Die Verdrossenheit und der Ärger unserer Bürger an dem unsozialen und wachstumsfeindlichen Steuersystem gerät immer mehr zum Unmut gegenüber der Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsparteien, erklärte Helmut Kohl zu den Erwägungen, eine Steuerpartei zu gründen.

Die anhaltenden Belastungen der Unternehmen auf der Kostenseite brachten immer neue Pleitenrekorde und verdunkeln die längerfristigen Ertragerwartungen. So wächst die ohnehin schon gigantische Investitions- und Wachstumslücke immer weiter auf Kosten der Zukunftschancen unseres ganzen Volkes.

Und was tut die Regierung angesichts der von ihr aufgetürmten Bremsklötze für Investitionen und Wachstum? Ratlosigkeit und gegenseitig sich widersprechende Äußerungen aus dem Munde des Kanzlers, des Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministers stehen als Ersatz für dringend notwendige Entscheidungen. Die Bundesregierung ist schuld daran, wenn jetzt der Widerstand von Steuerzahlern und Steuerpersonal gegen den undurchschaubaren Steuerschunzel offen ausgebrochen ist und wegen der Ungerechtigkeiten und Widersprüchlichkeiten unverhohlen mit einer Steuerzahlerpartei gedroht wird.

*Weiter auf Seite 2***■ DGB**

Der DGB und die Union sollten stärker zusammenarbeiten, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Hamburger DGB-Kongreß.

Seite 4

■ TERRORISMUS

Aus dem Berliner Fluchtskandal müssen Konsequenzen gezogen werden.

Seite 5

■ ABRÜSTUNG

Falsche Entspannungspolitik schadet dem Frieden.

Seite 7

■ SCHULBÜCHER

Nur in einem Drittel ist das Deutschlandbild befriedigend dargestellt.

Seite 11

■ ARGUMENTE

Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst.

Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Wieder eine Fülle von Aktionen Ideen und Taten aus den CDU-Verbänden.

Seite 14

■ UID-EXTRA

Vor 25 Jahren in der DDR / 17. Juni 1953 Volksaufstand für die Freiheit.

Gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit / Unterschiede im Grundwerteverständnis von CDU und SPD.

Grüner Teil

■ INFORMATION

Hart durchgreifen, aber vorher prüfen

Wenn die vom Bundesverteidigungsministerium eingeleitete disziplinarische Untersuchung bestätigen sollte, daß zwei Offiziersstudenten der Bundeswehrhochschule München die Ermordung von Hanns-Martin Schleyer gutgeheißen und verteidigt haben, dann muß mit aller Härte gegen sie vorgegangen werden, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch. Es ist jedoch dringend angezeigt, diese Untersuchung mit Bedacht und Akribie durchzuführen; denn die im vergangenen Jahr — ebenfalls von der Bundeswehrhochschule München — gemeldeten „antisemitischen Vorfälle“ haben zwar weltweites Aufsehen erregt und zu kritischen Betrachtungen über

eine Wiederkehr des Nationalsozialismus in Deutschland geführt; sie sind jedoch bis zur Stunde weder völlig aufgeklärt, noch exakt nachgewiesen worden. Von den neun betroffenen Offizierssoldaten, von denen drei vorläufig des Dienstes enthoben und sechs fristlos entlassen worden waren, sind acht wieder im Dienst.

Schuldenanstieg ist verfassungswidrig

Franz Josef Strauß hat Bundesfinanzminister Matthöfer vorgeworfen, er betreibe unter dem Druck seiner „sozialistischen Parteifreunde“ eine „Schuldenmißwirtschaft“ in der Haushaltspolitik. Entgegen dem Finanzplan der Bundesregierung vom Herbst 1977, der eine Senkung des Staatsausgabenanstiegs auf sechs Prozent vorsehe, habe Matthöfer bei der Vorlage des Nachtrags Haushalts zu erkennen gegeben, daß die Zuwachsrate des Haushalts 1979 über sechs Prozent liegen solle. Er set-

Fortsetzung von Seite 1

Im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik stehen gegenwärtig die inflationäre Überbesteuerung und die Forderung nach Steuererleichterung. CDU und CSU verlangen seit Jahr und Tag nichts anderes von der Regierung, die sich stets dagegen gewandt hat. Selbst zu dem ersten Schritt auf dem richtigen Wege mußte sie von der Opposition gezwungen werden. Steuersenkung ist auch weiterhin die einzig erfolgversprechende Alternative. Doch die Regierung tut nichts. Jetzt werden Entscheidungen verlangt. Die Regierung will sie auf das Wahljahr 1980 vertagen.

Die Überbesteuerung der Bürger und Betriebe ist ein Haupthindernis für

einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung. Deshalb verlangen CDU und CSU bereits zum 1. Januar 1979 einen neuen Steuertarif, der den jetzigen Progressionssprung beseitigt. Danach ist in einem zweiten Schritt ein allmählicher Abbau der überhöhten Steuerlasten für die Betriebe, also eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuern, überfällig.

Weil wir Wirtschaft und Bürger wieder Hoffnung und Mut für die Zukunft machen müssen, kommen wir um eine Reform unserer Steuergesetzgebung nicht herum. Steuerreform- und Steuersenkungspartei in der Bundesrepublik Deutschland sind allein CDU und CSU.

ze sich damit über den Beschluß des Bundestages vom 13. April hinweg und nehme zwangsläufig auch weitere Verfassungsverstöße in Kauf.

Saar-Regierung lehnt Verbot der Aussperrung ab

Die aus CDU und FDP gebildete saarländische Landesregierung lehnt die Forderung der oppositionellen SPD ab, in die Saar-Verfassung ein Verbot der Aussperrung aufzunehmen. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Läßle sagte die Landesregierung, sie beabsichtige nicht, in die Autonomie der Tarifpartner einzugreifen. Vielmehr respektiere sie den Grundsatz der Neutralität des Staates bei Tarifkonflikten und den Grundsatz der Kampfparität.

Finanzbetrug an 900 000 Studenten

Der RCDS-Bundesvorsitzende Günther Heckelmann hat die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) beschuldigt, in den vergangenen Jahren einen unerhörten Finanzbetrug an 900 000 deutschen Studenten begangen zu haben. Obwohl die VDS seit Jahren kaum eine bildungspolitische Initiative oder Aktion mehr zu Wege gebracht habe, verschleudere sie aus studentischen Geldern bei fünf Vorstandsmitgliedern, einem Geschäftsführer, diversen Sekretärinnen und Referenten jährlich ca. 400 000 DM an Personalkosten, ca. 60 000 DM an Reisekosten und sage und schreibe ca. 45 000 DM an Telefongebühren. Dies entspreche auf Arbeitstage umgerechnet einer täglichen Telefonrechnung von ca. 180 DM. Heckelmann hierzu: „Ineffizienz, Inkompetenz und linksextreme Aktivitäten werden hier noch mit ca. 500 000 DM

aus studentischen Geldern bewirtet.“ Angesichts der Tatsache, daß es die VDS schon seit Jahren aufgegeben habe, ihre Rolle als wirkungsvoller studentischer Dachverband wahrzunehmen, müsse die Frage gestellt werden, welche Aktivitäten für wen hier mit über 500 000 DM finanziert würden.

Noch 15 000 Rechtsradikale

Wie aus Kreisen der Sicherheitsorgane verlautet, beläuft sich die Zahl der organisierten Rechtsradikalen auf etwa 15 000. Von ihnen gehörten im letzten Jahr 9 000 der NPD an. In linksradikalen Organisationen und Parteien sind zwischen 160 000 bis 170 000 Bundesbürger organisiert. Der Mitgliederbestand der DKP beträgt 42 000. Die Entwicklung zeigt dort eine „leicht steigende Tendenz“.

6 000 bis 7 000 Polit-Häftlinge in DDR-Gefängnissen

In der DDR gibt es nach den Worten des Vorsitzenden der Gesellschaft für Menschenrechte, Nitsche, zur Zeit zwischen 6 000 und 7 000 politische Gefangene. Die Haftstrafen für solche Häftlinge seien im vergangenen Jahr sogar weitgehend verdoppelt worden. Der einzige prominente Regimekritiker der nicht in Haft sei, sei Prof. Havemann. Die DDR-Bevölkerung hat nach Ansicht Nitsches keine Hoffnung mehr, daß sich prinzipiell etwas verbessern wird und daß das Regime in der Lage ist, sich zu demokratisieren. Eine Verbesserung der Situation in der DDR und auch in anderen Ostblockstaaten ist nach Auffassung Nitsches nur langfristig möglich. Dabei sei die Unterstützung aus dem Westen besonders wichtig.

■ DGB-KONGRESS

Heiner Geißler: Probleme gemeinsam lösen

„Wir stehen in einer entscheidenden Phase der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die weichenstellenden Entscheidungen zur Lösung der Arbeitslosigkeit, zum Abbau der Staatsverschuldung, zur Überwindung der Finanzkrise in der Sozialversicherung müssen heute gefällt werden. In dieser Phase hängt vieles davon ab, in welchem Verhältnis DGB und Union zueinander stehen“, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Hamburger DGB-Kongreß.

Wir sollten gemeinsam das Verhältnis zwischen DGB und Union neu überlegen. Der DGB ist die große Vertretung der Arbeitnehmer mit 7,5 Millionen Mitgliedern. Die Union umfaßt einschließlich ihrer Vereinigungen 1 Million Mitglieder und 18 Millionen Wähler. Sie ist die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Es kann der Union nicht gleichgültig sein, welche Standpunkte der DGB einnimmt. Es kann aber auch dem DGB nicht gleichgültig sein, was die CDU denkt und vorschlägt.

Die großen politischen Probleme, vor denen wir gemeinsam stehen, können nur gelöst werden, wenn der DGB und die Union vernünftig zusammenarbeiten, bei Anerkennung ihrer unterschiedlichen Funktionen. Weil die Probleme im Gegeneinander nicht gelöst werden können, richte ich an uns alle die Auf-

forderung, die alten Schützengräben zu verlassen. Wir wünschen uns den offenen Dialog mit den deutschen Gewerkschaften. Bei dieser Sachdiskussion sind Widerspruch und Kritik nicht nur unvermeidbar, sondern kritische Solidarität und Zusammenarbeit, in die jede Seite ihren Standpunkt einbringt, und in der keiner der anderen Seite die wohlgemeinten Absichten und die tatsächlichen Leistungen, die erbracht wurden, abspricht. Falsch verstandene Rücksichtnahme schadet ebenso wie Gegnerschaft, die auf Vorurteilen beruht.

Ein Neubeginn im Verhältnis DGB—Union hat dann einen Sinn, wenn wir nicht in der Unverbindlichkeit bleiben, sondern wenn wir dadurch zur Lösung der Probleme der Bürger beitragen. Die wirklichen Prüfsteine unseres Verhältnisses sind nicht die ständigen Wiederholungen anerkannter Prinzipien wie Einheitsgewerkschaft, parteipolitische Unabhängigkeit und anderer Prinzipien, die wirklichen Prüfsteine sind die Probleme der Bürger selbst und ihre politischen Lösungen.

Zur Rentenpolitik erklärte der Generalsekretär: „Partei und Fraktion der CDU/CSU stehen einstimmig für die Erhaltung der bruttolohnbezogenen Rente ein. Wir lassen an dem Vertrag der Generationen, der 1957 mit dem Rentenreformwerk geschlossen wurde, nicht rütteln. Die älteren Mitbürger, die während ihres Arbeitslebens ihre ganze Tatkraft in den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes investiert haben, haben ein Anrecht auf ein von Willkür freies Alterseinkommen, für das sie mit Heller und Pfennig ihren Beitrag gezahlt haben. Hier möchte ich ausdrücklich die Position des DGB unterstützen, sich nicht nur als Anwalt der Erwerbstätigen, sondern auch als Interessenwahrer der Nichterwerbstätigen zu verstehen.“

■ TERRORISMUS

Aus dem Berliner Fluchtskandal Konsequenzen ziehen

Wie die berühmten Karnickel aus dem Zylinder, so präsentiert Bundesinnenminister Maihofer nun mit einem Male einen vierfachen Fahndungserfolg. Selbstverständlich handelt es sich dabei nach der empörenden Niederlage von Moabit um nichts anderes als eine Entlastungsoffensive für den schwer angeschlagenen Parteikollegen Baumann auf dem Berliner Justizsenatorstuhl.

So wie die SPD-nahe „Neue Ruhr-Zeitung“ kommentierten am Dienstag (30. Mai 1978) zahlreiche deutsche Zeitungen das „zufällige Zusammenreffen“ der beiden jüngsten Ereignisse der Terroristen-Szene. Der Kölner „Express“ fragt: Sollte der Berliner Fluchtskandal möglichst schnell verdrängt werden? Jetzt erst recht nicht. Was nützen die großartigen Fahndungsergebnisse im Ausland, wenn sie bei uns zu Hause zunichte gemacht werden? Die Terroristen werden nie kapitulieren, solange sie auf ihr Wiederentkommen rechnen können, das Umfeld ihrer Helfer wird nicht kleiner, solange ihm der harte Kern Erfolgserlebnisse vermitteln kann. Deshalb bleibt Berlin-Moabit beherrschendes Thema.

Zu der Terroristenbefreiung in Moabit stellt Heinz Eyrich, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Bundestagsfraktion, folgendes fest: Das Echo in der Presse und Öffentlich-

keit auf diese Befreiung ist einhellig: Niemand kann mehr diese skandalöse Vernachlässigung von Sicherheitsmaßnahmen begreifen. Eindeutig ist hier zutage getreten, daß nicht die Nachlässigkeit untergeordneter Beamter oder mangelhafte Überprüfung für an sich angeordnete Sicherheitsmaßnahmen die Ursache für den Erfolg der Terroristenaktion waren, sondern Fehler im Konzept.

Seit Jahren gibt es Politiker, Publizisten und Meinungsmacher im weitesten Sinne, die mit unermüdlicher Zähigkeit dafür kämpfen, daß der Staat — das heißt die Justizbehörden — nur ja kein gesetzliches Instrumentarium in die Hand bekommt, mit dem konspirative Kontakte von inhaftierten Terroristen zur Außenwelt unterbunden werden können. In vermeintlicher Liberalität — es wäre eine interessante Aufgabe, einmal der Sinnverfälschung des Wortes „Liberalität“ nachzugehen — sind in Berlin auf Geheiß des Justizsenators noch nicht einmal die Möglichkeiten zur Sicherheit der Strafanstalt voll ausgeschöpft worden, die das Gesetz bietet.

Der Umstand, daß in Berlin nur diejenigen Anwälte, die von sich aus erklärten, sie gingen zu einem Terroristen in die Sprechzelle, nach Waffen untersucht wurden, ist so unfassbar, daß Worte fehlen, um ihn treffend zu kommentieren. Allerdings müßte der Anwalt, der, wenn er Waffen schmuggeln will, selbst den

Durchsuchungsgrund angibt, wohl noch geboren werden. Die Terroristen haben natürlich diese Umstände rigoros ausgenutzt. Ein Justizsenator, der dies nicht voraussehen konnte, ist gefährlich auf seinem Platz. Sein Urteilsvermögen hat sich als derart unzulänglich erwiesen, daß weitere schwerwiegende Pannen zu erwarten sind.

Im übrigen erscheint im Zusammenhang mit dieser Terroristen-Befreiung noch eine Frage wieder akut: die Frage der mündlichen Verteidigerüberwachung. Es ist kaum anzunehmen, daß Terroristen, die befreit werden sollen, vorher nicht darüber informiert werden. Da die Post überwacht wird, kann diese Information nur im Sprechzimmer erfolgen. Diese Information kann aber, da sie gesprächsweise erfolgt, auch durch den Einbau einer Trennscheibe nicht verhindert werden. Möglicherweise gibt der Terrorist für seine Befreiung im unbewachten Gespräch auch noch wertvolle Hinweise, wie das Unternehmen am besten zu bewerkstelligen sei. Dieses Thema ist noch nicht abgeschlossen. Das Parlament wird sich noch einmal damit befassen.

Die Berliner CDU wird einen Mißtrauensantrag gegen Justizsenator Baumann stellen. Bereits vor zwei Jahren mußte der damalige FDP-Bürgermeister und Justizsenator Oxfort wegen des Ausbruchs von vier Terroristinnen aus der Strafanstalt Moabit seinen Hut nehmen. Trotz Mahnungen der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wurden die Kontrollen in Moabit nicht verstärkt. Dem Satz des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe, „Berlin stimmt wieder“, kann leider nur entgegengehalten werden, daß Berlin offensichtlich eine Stadt des latenten Ordnungsverfalls ist, betont der Berliner CDU-MdB Jürgen Wohlrabe. Die Berliner — wie auch alle

anderen Bürger — haben aber ein Recht auf verantwortliche und handlungsbewußte Politiker, die derartige, stets wiederkehrende Skandale verhindern (vergl. auch Zitat S. 16).

Baumann-Worte

Nachfolgend aus „Die Welt“ (29. Mai 1978) Zitate des Berliner Justizsenators Prof. Jürgen Baumann (FDP) zur inneren Sicherheit, die für sich selbst sprechen:

Wir sollten uns nicht auf das Glatteis begeben, mit immer neuen Gesetzen zu reagieren. Damit würden wir zuviel Freiheitsrechte und Bürgerrechte aufs Spiel setzen wegen einer Erscheinung, die den Bestand der Bundesrepublik doch nun weiß Gott nicht bedroht. Ich bin dafür, das eine gegen das andere abzuwägen. Ich würde unter Umständen sogar eine schwächere Reaktion des Staates gegenüber der Anarcho-Szene in Kauf nehmen.

Baumann am 19. Juni 1976 unmittelbar nach seiner Designation zum Berliner Justizsenator, in einem „Spiegel“-Gespräch.

Seien wir wachsam gerade gegenüber Überwachungsgelüsten.

Baumann in einem Aufsatz für den „Spiegel“ am 16. Mai 1977.

Man darf nicht um geringfügiger, ganz geringfügiger Erfolge willen die Freiheit aller in einem unerträglichen Maß einschränken ... Die Terroristen wollen ja nur, daß der Staat überreagiert.

Baumann in einem „Spiegel“-Gespräch am 26. September 1977.

Mir geht es darum, daß man die Weichen von vornherein richtig stellt und nicht später wieder mit anderen Maßnahmen herumknabbert an der Rechtsstellung des Verteidigers.

Baumann in einem „Spiegel“-Gespräch am 13. Februar 1978.

■ ABRÜSTUNG

Falsche Entspannungs-Begriffe schaden dem Frieden

Die Erklärungen von Bundeskanzler Schmidt zu den Themen Abrüstung und Rüstungsbegrenzung verharmlosen mehrere schwerwiegende Tatsachen, die den europäischen und internationalen Spannungszustand prägen, stellte Alois Mertes, Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Abrüstung und Rüstungsbegrenzung fest. Aus Anlaß der gegenwärtigen Sondersitzung der UNO-Vollversammlung stellte Alois Mertes besonders drei Tatsachen heraus:

① Die Sowjetunion und ihre Verbündeten, vor allem Kuba und die DDR, verfolgen auch mit ihrem Abrüstungsverbalismus expansive politische Ziele, die das internationale Kräfteverhältnis schrittweise zugunsten des „Sozialismus im Weltmaßstab“ herbeiführen sollen. Dies gilt offenkundig und brutal in Afrika; dies gilt mit den psychologischen und diplomatischen Waffen eines sanften Entspannungsvokabulars in Europa.

Militärische Macht und die ständige Demonstration ihrer Angriffsfähigkeit dient Moskau, Havanna und Ost-Berlin nicht nur als Verteidigungsmittel gegenüber Bonn und Westeuropa. Sie ist vor allem ein Instrument der Einschüchterung, des Drucks, der Drohung, notfalls der Erpressung zur Durchsetzung westdeutschen Wohlverhaltens gegenüber so-

wjetischen Forderungen in der Berlin- und Deutschlandfrage.

Teile der SPD sehen solches Wohlerhalten bereits heute als politisches Gesetz an, dessen Nichtbefolgung zur Kriegsgefahr führe. Die sowjetische Abrüstungspolitik bleibt nach wie vor der angeblich geschichtsnotwendigen expansiven Dynamik untergeordnet. Für Bonn und den Westen muß Entspannung heißen: Durchsetzung der Menschenrechte. Dieser tiefgreifende Überzeugungs- und Interessengegensatz darf nicht durch wohlduftenden Entspannungsnebel verschleiert werden.

② Bundeskanzler Schmidt überschätzt die Tragfähigkeit der Formelkompromisse deutsch-sowjetischer Deklaration beim jüngsten Breschnew-Besuch in Bonn, hinter denen sich gegensätzliche Sachvorstellungen verbergen. Indem Schmidt auf innerstaatliche Verwaltungs- und Verfassungsgerichte hinweist, die namens des Rechts die verbindliche Auslegung von Gesetzen verkünden und durchsetzen, unterstreicht er die Gefährlichkeit von Mehrdeutigkeiten in Absprachen zwischen der Kernwaffengroßmacht Sowjetunion und der Nicht-Kernwaffengroßmacht Bundesrepublik Deutschland. Denn für solche Vereinbarungen gibt es eben keine konfliktregelnde Autorität. Dabei werden Auslegungsfragen zu Fragen politischer Zähigkeit und militärischer Macht.

Das von Bundeskanzler Schmidt so gepriesene deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen, das verbindlich nicht für 25 Jahre, sondern nur für zehn Jahre gilt, kann nur nützlicher Rahmen für konkrete Zusammenarbeit werden. Der Test seines politischen und praktischen Wertes steht noch aus.

③ Bundeskanzler Schmidt muß in bezug auf die Wiener Truppenabbauverhandlungen erheblich deutlicher sprechen, als er dies öffentlich tut. In Wien hat die Sowjetunion seit 1976 zwei Schritte getan, die vorläufig nur ein scheinbares Entgegenkommen darstellen: Sie ist auf die jahrelange westliche Forderung nach Vorlage aller Mannschaftszahlen im geplanten Reduzierungsraum eingegangen, und sie hat verbal die westliche Forderung nach Parität im Reduzierungsraum übernommen. Vorher hatte sie stets die These vertreten, die „historisch gewachsene“ östliche Überlegenheit müsse der Westen in Wien legalisieren.

Bisher ist dieser Fortschritt, den Bundeskanzler Schmidt so rühmt, offensichtlich nur eine irreführende List des Ostens. Denn Moskau legt Zahlen vor, die beweisen sollen, es gäbe bereits Parität. Der Westen hingegen stellt eine groteske Disparität zugunsten des Warschauer Paktes fest und fordert die Herstellung der Parität durch ein Reduzierungsabkommen. Die Wiener Zahlen Diskussion ist also nur scheinbar eine technische Frage von Experten. In Wirklichkeit ist sie eine hochpolitische Diskussion, die nicht durch verbale Tricks zu überspielen ist. Sie muß geduldig fortgeführt werden, und zwar ohne Zeitdruck aus Bonn.

Da die bisherige Ausdrucksweise der Schmidt-Breschnew-Deklaration vom 6. Mai 1978 den Eindruck breiter und

tiefer Übereinstimmung in der Sache vorgaukelt, ist es für die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit der internationalen Stellung unseres Landes wichtig, daß Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher immer wieder ungeschminkt die deutsche und westliche Auslegung von politischen Schlüsselbegriffen wie Entspannung, Sicherheit, Gleichheit und Parität erläutern.

Schmidts MBFR-Äußerung gefährlich

Scharfe Kritik der CDU/CSU haben Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt zur Abrüstung in einem Interview mit dem Bonner „General Anzeiger“ ausgelöst. Der Verteidigungsexperte der Bonner CSU-Landesgruppe, Alfred Biehle, warf Schmidt vor, „den in den Abschlusssdokumenten zum Besuch des sowjetischen Parteichefs eingeschlagenen gefährlichen Weg der Übernahme sowjetischer Vorstellungen“ weiterzugehen. Anlaß der Kritik war die Anregung des Kanzlers, man sollte bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) auf „letzte Akkuratess“ in der Datenfrage verzichten. Bei der Daten-Diskussion geht es darum, daß der Westen von einer zahlenmäßigen Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten ausgeht, während die Sowjetunion behauptet, es existiere schon eine „annähernde Parität von etwas über 980 000 Soldaten auf jeder Seite“.

Wenn Schmidt für diese Diskussion einen „Verzicht auf Akkuratess“ proklamiere, dann verstärke er die schon vorhandenen Gefahren, versicherte der CSU-Abgeordnete Biehle. „Der Bundeskanzler tut so, als ob man die Übermacht sowjetischer Panzerarmeen und sowjetischer Atomraketen in Mitteleuropa übersehen dürfe.“

■ KOALITION

Versprochen und nicht gehalten

Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer im saarländischen Landtag, Prof. Franz Becker, wies auf die widersprüchliche Politik der SPD-Saar in Sachen Energiepolitik hin. Gerade noch hatte die SPD-Fraktion zusammen mit den anderen Landtagsfraktionen die Vorrangigkeit der Steinkohle bei der Energieversorgung dadurch betont, daß sie von der absoluten Priorität der Steinkohle sprach. Kurz darauf jedoch wurde bekannt, daß die von dem SPD-Landesvorsitzenden Lafontaine geführte Landeshauptstadt Saarbrücken das Kraftwerk Saarbrücken erweitern will, das keineswegs mit Steinkohle, sondern durch Erdgas und Heizöl betrieben wird. Prof. Franz Becker: „Jeder Bürger kann nun selbst darüber urteilen, was von dem SPD-Landtagsbeschluß über die Priorität der Kohle zu halten ist!“

Bürokratie statt Sachverstand

Zu den Plänen der SPD, die Überstunden gesetzlich neu zu reglementieren, erklärte Heiner Geißler, sie seien nichts anderes als ein „Feigenblatt“ für die Unfähigkeit der Bundesregierung, des Problems der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Sie würden neue bürokratische Hemmnisse schaffen und seien in keiner Weise geeignet, auch nur einem einzigen Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. „Wenn nach den SPD-Plänen die freie Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Betrieb durch die Kontrolle des Gewerbeaufsichtsamts und der Arbeitsämter ersetzt werden soll,

schaft dies nichts als weitere Hemmnisse“, erklärte der Generalsekretär.

Die CDU hält gar nichts davon, an die Stelle der Vertrauensgrundlage der Sozialpartner die bürokratische Kontrolle zu setzen. Die Möglichkeit der Betriebe, in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten rasch auf die Signale des Marktes zu reagieren, würde durch die Pläne der SPD gravierend eingeschränkt. Dies gilt besonders für Betriebe mit Schwerpunktbelastungen, z. B. die Hamburger Hafenbetriebe. Aus allen einschlägigen Untersuchungen ist bekannt, daß von allen arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen die Verringerung der täglichen Arbeitszeit den geringsten arbeitsmarktpolitischen Effekt hat. Dies wirft ein besonders bezeichnendes Licht auf den sachlichen Gehalt dieser SPD-Initiative.

Bonn durch Wehner im Zwielight

Die jüngste „Behauptung“ des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herber Wehner, die westliche Seite habe das Viermächteabkommen über Berlin in der Vergangenheit „fahrlässig, probeweise oder gar bewußt fehlerhaft praktiziert“, rückt nach Ansicht der CDU/CSU auch die Haltung der Bundesregierung „ins Zwielight“. Mit einer Anfrage zur Einhaltung des Berlin-Abkommens wollen der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Kurz und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Werner Marx, der Bundesregierung Gelegenheit zu einer „klaren Stellungnahme“ geben.

Kaum zu glauben

Wegen seines Ausrufs „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“, den er während einer 15tägigen Israel-Reise einer Delegation des Kreistages Recklinghausen bei einer „Foto-Pause“ an der jorda-

nisch-israelischen Grenze im Beisein der israelischen Gastgeber tat, droht dem Oberkreisdirektor des Kreises Recklinghausen, Horst Kann (SPD), ein Disziplinarverfahren. Ein dahingehender Antrag wurde jetzt — wie die WAZ berichtet — von einem Recklinghäuser SPD-Kreistagsabgeordneten und vom Dorstener SPD-Stadtverband an den Recklinghäuser Kreistag gerichtet. Darüber hinaus erwägt der Vorstand des SPD-Stadtverbandes Recklinghausen, gegen Kann ein Parteiordnungsverfahren.

Elternbeirat: Unzulässig

Die Verwendung von Schulbüchern und Schriften aus der DDR in Hessen-Schulen hält der Landeselternbeirat grundsätzlich für unzulässig. Einen Erlaßentwurf des Kultusministers, der dies zulassen wollte (siehe UfD Nr. 21, S. 10), hat der Landeselternbeirat abgelehnt. Bei seiner ablehnenden Entscheidung ging der Landeselternbeirat davon aus, daß Schulbücher und Schriften aus der DDR nicht ideologiefrei seien, sondern die marxistisch-leninistische Staatsauffassung verherrlichten.

Neues Beispiel für SPD-Filzokratie

37 000 DM „schenkte“ die SPD ihrem Genossen Wilhelm Oellig, Leiter des Hauptamtes in der Eschweiler Stadtverwaltung und Kreisvorsitzender der ÖTV im Kreis Aachen, bei einer städtischen Grundstücks-Kungelei. Die SPD-Stadtratsfraktion, die in Eschweiler über eine große Mehrheit im Rat verfügt, lieferte damit ein neues Beispiel für roten Filz und Vetternwirtschaft. Oberverwaltungsrat Oellig hatte 1973 ein städtisches Grundstück zum Quadratmeterpreis von 35 DM erworben.

Während alle Kaufverträge die Auflage enthalten, erworbene Grundstücke innerhalb von drei Jahren zu bebauen und die Stadt sich im anderen Falle ein Rückkaufrecht zum Gestehungspreis vorbehält, „fehlte“ diesmal diese Klausel. So kaufte die Stadt im Mai 1973 dieses Grundstück für 78 DM (123 % Steigerung) zurück und verkaufte ihm ein anderes Grundstück zum Quadratmeterpreis von 92 DM. Seltsamerweise aber wurden Nachbargrundstücke mit 115 DM pro Quadratmeter bewertet. Seine Genossen im Rat überließen ihm also für die 1973 gezahlten 17 500 DM nun ein Grundstück im Wert von 54 700 DM. Die „Wertsteigerung“ von 37 000 DM zahlt natürlich der Steuerzahler.

SPD trennt sich von gemäßigten Mitgliedern

Die SPD unternehme offenbar verstärkte Anstrengungen, sich von ihren gemäßigten Mitgliedern zu trennen. Mit dieser Auffassung kommentierte der Sprecher der CDU Schleswig-Holstein, Volker Koop, den „Unvereinbarkeitsbeschluß“ des SPD-Kreisverbandes Lübeck. Danach solle eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der schleswig-holsteinischen SPD und der Fritz-Erler-Gesellschaft oder der Dr.-Julius-Leber-Gesellschaft verhindert werden. In beiden Gesellschaften haben sich Sozialdemokraten zusammengefunden, die einen sozialistischen Kurs der SPD nicht mitmachen. Es sei bestürzend, meinte Koop im CDU-Pressedient, daß die SPD sich von Mitgliedern trennen wolle, die „sich als Sozialdemokraten empfinden und alles daransetzen, gerade sozialdemokratisches Gedankengut zu vertreten. Ihrem linken Flügel gegenüber verhält sich die SPD bekanntlich wesentlich „tolanter“. Vielleicht, weil sie sich mit ihm identifiziert?

SCHULBÜCHER

Ein gestörtes Deutschlandbild

Mit dem gestörten Deutschlandbild in unseren Schulbüchern beschäftigte sich auf einer Landes-tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung die stellvertretende niedersächsische CDU-Landes-vorsitzende Ursula Bendix.

Sie fragte nach den Gründen des gestörten Deutschlandbildes und führte dieses auf drei Ursachen zurück:

- ① die unscharfen politischen Aussagen zum Verhältnis Bundesrepublik Deutschland und DDR,
- ② der Einfluß der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen,
- ③ das vor allem durch den Einfluß der Konfliktpädagogik entstandene gebrochene Verhältnis zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat insgesamt.

In 50 Büchern von 93 wird die Mauer erwähnt. In nur 31 die Oder-Neiße-Frage überhaupt behandelt und in 34 von 93 das Problem der Vertreibung und Wiedereingliederung der Flüchtlinge. Als Fazit könnte man sagen: Nur in einem Drittel dieser Bücher ist das Deutschlandbild einigermaßen befriedigend dargestellt.

Eine jüngere Untersuchung von Lehrenden und Studenten der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen konzentriert sich vornehmlich auf die Behandlung des 17. Juni in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland und ist mit einer Wertung verbunden. Dabei wird festgestellt, daß 51 Bücher den Bau der

Mauer mehr oder weniger ansprechen; es wird nicht kritisiert, daß die anderen dies nicht tun, sondern kritisiert wird, daß in den meisten Fällen der Volksaufstand als ein Widerstand gegen die Politik des DDR-Regimes bezeichnet wird, daß die Forderung nach freien Wahlen zum Gegenstand dieses Volksaufstandes gemacht wird, die den Russen die Rolle der gewaltsamen Niederschlagung dieses Aufstandes zukommen läßt.

Besonders hart wird kritisiert, daß nur in sieben von diesen 51 Büchern dargestellt wird, daß der Bau der Mauer aus der Sicht der DDR einfach eine notwendige Abwehrmaßnahme zur Konsolidierung ihrer Wirtschaft gewesen ist und daß sogar nur vier Bücher die offiziellen Darstellungen der DDR zur Begründung des Mauerbaues ausreichend abdrucken.

Es drängt sich die Frage auf, wo leben diese Studenten und Hochschullehrer eigentlich? Für welche Verfassung wollen sie aktiv eintreten?

Ursula Bendix zog folgende Schlußfolgerung: Es ist falsch, um des sogenannten lieben Friedens willen, Kompromisse um jeden Preis und auf Kosten der Wahrheit zu schließen, es ist falsch, um des sogenannten lieben Friedens willen, die Vorstellung des kommunistischen Geschichtsbildes zu übernehmen. Es ist falsch, weil an die Stelle alter Vorurteile nur neue gesetzt werden.

■ LÄRMSCHUTZ

Gesetzentwurf ist unausgewogen und unvollständig

Seit Inkrafttreten des Bundesimmissionsschutzgesetzes im Jahre 1974 ist die Bundesregierung aufgefordert, die Grenzwerte für den Lärmschutz an Straße und Schienenwegen festzulegen. Trotz der Bedeutung dieser Werte für den Neu- und Ausbau von Straßen, und nicht zuletzt für den lärmgeplagten Bürger, hat es vier Jahre gedauert, bis sie diesem Auftrag des Gesetzgebers nachgekommen ist und den Entwurf eines Verkehrslärmschutzgesetzes vorgelegt hat.

Diese Verzögerung hat bundesweit zu einer unerträglichen Rechts- und Planungsunsicherheit geführt, stellt MdB August Hanz als Sprecher der Bundestagsfraktion hierzu fest. Aber auch der nunmehr vorliegende Gesetzentwurf weist erhebliche Mängel auf. Er zeugt von der Unfähigkeit der Bundesregierung und stellt letztlich mehr Fragen als er beantwortet.

Umstritten ist nicht nur die Höhe der vorgeschlagenen Lärmgrenzwerte, sondern auch die aus der Festlegung der Werte sich ergebende Kostenbelastung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Da der größte Teil der Kosten zu Lasten der Gemeinden geht, sollten deren Anliegen stärkere Berücksichtigung finden, d. h. die Lärmsanierung im kommunalen Bereich müßte förderungsfähig im Sinne des Gemein-

deverkehrs-Finanzierungsgesetzes werden. Ferner bedürfe es der Rückgängigmachung der 10%igen Kürzung des Anteils der Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen.

Aber auch in anderer Hinsicht ist der Entwurf unausgewogen und unvollständig. So sollen die im Gesetz festgelegten Werte nur für neue Straßen oder größere bauliche Änderungen gelten. Dadurch entsteht für Anrainer von bestehenden Straßen eine offensichtliche Ungleichbehandlung, deren rechtliche Zulässigkeit noch in Frage steht.

Hinter dem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist kein Gesamtkonzept zu erkennen. Eine Regelung für Lärmschutz im Luftverkehr fehlt gänzlich. Für den Schienenverkehr soll auch erst eine Festlegung der Grenzwerte durch Verordnung erfolgen. Damit bleibt die Lage hier trotz eines neuen Gesetzes unverändert: Das ist geradezu paradox.

Ungelöst ist auch das Problem der Zulässigkeit der Ungleichbehandlung von Verkehrslärm und anderen Lärmquellen (z. B. Industrielärm). Außerdem können zu niedrige Immissionsgrenzwerte zur Folge haben, daß Städte und Landschaften ihr Aussehen in einer Weise verändern, die genau so unerträglich ist wie der Lärm selbst. Es muß daher darauf geachtet werden, daß die technischen und gesetzlichen Möglichkeiten der Lärmbekämpfung am Fahrzeug, also an der Lärmquelle selbst, ausgeschöpft werden. Auch hier ist kein ausgewogenes Konzept zu erkennen.

Es ist unmöglich, einem der beiden Rechtsgüter des Bürgers — auf der einen Seite seinem Recht auf Schutz vor Lärm, auf der anderen Seite seinem Recht auf Teilnahme am Verkehr — absoluten Vorrang einzuräumen.

■ ARGUMENTE

Verfassungsfeinde

Die SPD vertritt die Ansicht, aus der Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Partei dürften keine negativen Schlüsse auf die Verfassungstreue eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst gezogen werden.

(Beschuß des SPD-Bundesparteitag vom 14. April 1973)

Der SPD-Vorsitzende Brandt behauptet, die Überprüfung der Bewerber habe zahlenmäßig groteske Züge angenommen.

(Pressemitteilung vom 10. Mai 1978)

Es ist von einer problematischen Beschnüfflung der jungen Generation die Rede.

(Koschnick, stellvertr. SPD-Parteivorsitzender im Heute-Journal am 25. April 1978)

Die SPD will Bewerber für den öffentlichen Dienst nur noch im Sicherheitsbereich automatisch überprüfen (das heißt, in der Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr, Staatskanzleien).

(Koschnick im Heute-Journal am 25. April 1978 und Brandt in Pressemitteilung vom 10. Mai 1978)

Die SPD will Lehrer grundsätzlich von der Überprüfung ausnehmen.

(Brandt in Pressemitteilung vom 10. Mai 1978)

Sie sollen nur noch überprüft werden, wenn sie in der Ausbildung oder im Dienst besonders auffallen.

(Brandt in Pressemitteilung vom 10. Mai 1978)

Wer sich durch seine Parteimitgliedschaft zum Prinzip der „Diktatur des Proletariats“ bekennt, kann nicht gleichzeitig aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten — das verlangt aber das Grundgesetz wegen der schlechten Erfahrungen in der Weimarer Republik.

Seit 1972 wurde hinsichtlich 1 Million Bewerber routinemäßig beim Verfassungsschutz angefragt, ob Erkenntnisse vorlägen. In 980 000 Fällen ergab sich „kein Befund“, womit die Überprüfung beendet war. Schließlich wurden 2 000 Bewerber abgelehnt, in keinem Land mehr als 0,4 Prozent (Berlin), in Rheinland-Pfalz z. B. 0,07 Prozent.

Jeder Zweifelsfall wird als Einzelfall behandelt, in dem sich anschließenden Anhörungsverfahren kann jeder Betroffene sich rechtfertigen, jedem abgelehnten Bewerber steht der Weg zu den Gerichten bis zum Verfassungsgericht offen.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß alle Beamten die gleiche Treuepflicht haben, d. h. eine unterschiedliche Behandlung widerspricht dem Grundgesetz.

Demnächst werden in sozialdemokratisch regierten Ländern verstärkt Klassenkampf und die Bekämpfung unseres Staates und unserer Gesellschaft gelehrt werden. Gegen diese Beeinflussung ihrer Kinder werden sich die meisten Eltern nicht wehren können.

Liegt erst eine Anstellung auf Lebenszeit vor, ist eine Entfernung aus dem öffentlichen Dienst fast unmöglich.

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

CDU-Film uraufgeführt

Im Rahmen der Bonner „Woche der CDU“ wurde am 31. Mai 1978 im Konrad-Adenauer-Haus der neue CDU-Film „CDU — Die große deutsche Volkspartei“ uraufgeführt. Der Film beschäftigt sich mit dem Programm, der Geschichte und den Ideen der Partei.

„Alte Osteroder Bürger erzählen“

Die CDU-Frauenvereinigung Osterode am Harz forderte ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, aus ihrer Vergangenheit zu berichten. Man war besonders interessiert an einem persönlichen Erlebnis, das mindestens 30 Jahre zurückliegt. Die Alten konnten Bleistift und Papier zur Hand nehmen oder einen Erzähltermin vereinbaren. Nunmehr liegt eine 36seitige Dokumentation vor.

CDU-Frauenvereinigung,
An der Pfahlbreite 33,
3360 Osterode am Harz.

Bürgerbefragung

Als Ergänzung zur kommunalpolitischen Arbeit hat die CDU Trier-Stadt beschlossen, im Hinblick auf die 1979 stattfindenden Kommunalwahlen zur Erstellung eines kommunalpolitischen Programms eine auf wissenschaftlicher Basis aufgebaute Bürgerbefragung durchzuführen. Der Bürger wird um Auskunft gebeten über Lebensbedingungen, Verkehrsfragen, Freizeit- und

Erholungsmöglichkeiten, Fragen über Kultur, Schule, soziale Einrichtungen, Einrichtungen für Jugendliche und ältere Menschen, über Einkaufsmöglichkeiten sowie Wohn- und Arbeitsplätze. Die Aktion läuft unter der Bezeichnung „Trierer Bürger bestimmen mit“.

CDU Trier-Stadt,
Kaiserstraße 24,
5500 Trier.

CDU-Fotowettbewerb

„Wie sieht der Mariahofen seinen Stadtteil?“ heißt der Wettbewerb für die besten fotografischen Arbeiten der CDU Trier-Mariahof. Es werden nur die Aufnahmen berücksichtigt, die in einer eindeutigen Beziehung zum Stadtteil stehen. Geld- und wertvolle Buchpreise sind für die besten Arbeiten ausgesetzt.

CDU Trier-Stadt,
Kaiserstraße 24,
5500 Trier.

Tag der Familie

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat das Jahr 1978 zum Jahr der Familie erklärt. Der CDU-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald hat zur Unterstützung der Aktion einen großen Familien- und Heimat-Tag veranstaltet. Zur Aktion gehörte auch eine Familienwanderung auf dem Lehrpfad im Kaiserstuhl. Für die Kleinen gab es große Überraschungen!

CDU Breisgau-Hochschwarzwald,
Hexentalstraße 43,
7802 Merzhausen.

„Woche der CDU“ auf vollen Touren

Drei bedeutende Großstadtverbände haben u. a. ihre Aktion „Woche der CDU“ im Mai dieses Jahres durchgeführt: Aachen, Bonn und Frankfurt.

„CDU — bürgernah“ war das Motto des Aachener Programms.

In Bonn fand die öffentliche Kundgebung der Aktion mit Helmut Kohl statt. In Frankfurt stand die „Woche“ im Zeichen des kommenden hessischen Wahlkampfes.

Programme sind bei den Kreisverbänden Aachen, Bonn und Frankfurt erhältlich.

Disco-Talk 18: CDU-Veranstaltung für junge Leute in der Gropiusstadt

Eine Veranstaltung für junge Leute hat sich die Neuköllner CDU in Berlin im Rahmen ihrer „Woche der CDU“ einfallen lassen. Sie heißt Disco-Talk 18 und stellt eine Mischung aus Unterhaltung und politischer Information dar.

**CDU Berlin-Neukölln,
Donaustraße 99,
1000 Berlin 44.**

Die CDU gratuliert

Der Gemeindeverband Kirchheim/Hessen gratuliert allen Bürgern der Gemeinde zum Geburtstag. Den Frauen ab dem 65. Lebensjahr, den Männern ab dem 70. Lebensjahr. Glückwünsche erhalten auch alle Ehepaare zur silbernen und goldenen Hochzeit. Bei einer Einwohnerzahl von 3 900 sind es etwa acht Gratulationen pro Woche. Der Gemeindeverband hat 45 Mitglieder.

**CDU Gemeindeverband,
Am Sonnenblick 57,
6437 Kirchheim/Hessen.**

CDU-Pfingstveranstaltung

Die CDU Frauenvereinigung des Kreises, unterstützt vom CDU-Kreisverband Tübingen, veranstaltete am Pfingstsonntag einen Familientag mit Wandern, Spielen und Unterhaltung. Im Stadtwald Rottenburg kamen im Laufe des Tages über 500 Personen zum Stelldichein, so daß trotz des nicht immer freundlichen Pfingstwitters von einem großen Erfolg gesprochen werden konnte. Auch in der Presse fand diese Veranstaltungsart ihren Niederschlag.

**CDU Tübingen,
Wilhelmstraße 16,
7400 Tübingen.**

Aktion Pro-Bahnhof

Die CDU-Stadtratsfraktion und der CDU-Vorstand der „Schwarze-Katz-Stadt“ Zell haben ihr der Merler Bevölkerung gegebenes Versprechen eingehalten. Sie haben in einer Tagesaktion kostenlos das erhaltungswürdige alte Bahnhofsgelände im Stadtteil Merl neu angestrichen. Mit dieser Aktion der Zeller CDU-Aktiven soll auch der Finanzhaushalt der Stadt Zell geschont werden. Die Merler Geschäftsleute ließen es sich nicht nehmen, den fleißigen Stadträten und Vorstandsmitgliedern Speise und Trank zu reichen.

**CDU Cochem-Zeh,
Ravenerstraße 57,
5590 Cochem.**

Wir bitten die CDU-Verbände, ihre Beiträge zur Rubrik Ideen — Taten — Aktionen weiterhin an die

**CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
Konrad-Adenauer-Haus,
5300 Bonn,
zu senden.**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Baumann und Buhmann

An diesem Wochenende hat sich der FDP-Landesverband Berlin zweimal zu der Frage geäußert, wie es mit einem FDP-Minister zu halten sei, dem Vorwürfe im Zusammenhang mit der Terrorismus-Bekämpfung gemacht werden. Auf einen kurzen Nenner gebracht, sieht die Antwort so aus:

Der FDP-Minister, der angeblich etwas zuviel gegen die Terroristen getan hat, soll gehen.

Der FDP-Minister, der ersichtlich zuwenig gegen die Terroristen getan hat, soll bleiben.

Oder, im Klartext: Die Berliner Freidemokraten fordern Maihofers Rücktritt, weil der Bundesgrenzschutz, der dem Bundesinnenminister untersteht, an den Grenzen Reisende an Hand von Listen kontrolliert habe ob sie beispielsweise gewisse linksextreme Zeitschriften mit

sich führten. Was jedoch den Berliner Justizsenator Baumann betrifft, der die Gefangenenbefreiung von Moabit politisch verantwortet, so stellte sich der Landesverband hinter, vor oder neben ihn.

Beide Äußerungen erfolgten unreflektiert, das sei noch hinzugefügt. Baumann hatte sich noch nicht einmal öffentlich geäußert, was er zur Kontrolle von Anwälten angeordnet habe. Maihofer hatte sich geäußert; er hatte die lancierten Vorwürfe detailliert zurückgewiesen. Weder im einen, noch im anderen Fall, so scheint es, legen die Berliner Freidemokraten vorher Wert auf nähere Prüfung.

Zählt man noch den Hieb des quirligen Nachwuchspolitikers Möllemann auf Maihofer hinzu — der Minister sei kein Aktivposten mehr für die FDP; es grause die Partei bereits vor dem nächsten „Fall Maihofer“ —, dann rundet sich das Bild des Zustands einer sich liberal nennenden Partei ab, ohne daß man noch auf Helga Schuchardts Sottisen, den einst geliebten Propheten des „historischen Bündnisses“ betreffend, rekurrieren muß.

Die Welt, 30. Mai 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Mullenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD